

## Das Paket der Landesregierung zur finanziellen Unterstützung der Kommunen ist ein richtiger und wichtiger Schritt – doch die Kommunen sind noch nicht über den Berg

Zu den heute vorgestellten Beschlüssen der Landesregierung zur finanziellen Unterstützung der Kommunen erklärte der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, **Landrat Reinhard Sager (CDU)**: *„Wir begrüßen, dass sich das Land bereit erklärt hat, die Beschlüsse des Konjunkturpaketes des Bundes zu unterstützen und zu flankieren. Der hälftige Ausgleich der ausfallenden Gewerbesteuereinnahmen und die Übernahme von weiteren 40% der Einnahmeverluste im ÖPNV sind richtige Schritte, die den Kommunen helfen werden. Das gilt auch für andere Teile des heute vorgestellten Paketes. Doch damit sind die Kommunen noch nicht über den Berg. Wir setzen darauf, jetzt zügig in Gespräche über die genaue Ausgestaltung der Maßnahmen einzutreten und Wege zu vereinbaren, wie die kommunalen Defizite so abgemildert werden, dass sie handhabbar bleiben und die kommunale Handlungsfähigkeit nicht gefährden.“*

**Dr. Sönke E. Schulz**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des SHLKT, schlägt ähnliche Töne an: *„Das Land hat heute eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die den Kommunen die dringend benötigte Perspektive aufzeigen. Doch langfristig werden die Beschlüsse nicht ausreichen, wenn wir die Kommunen als Konjunkturmotor auf dem jetzigen Niveau erhalten wollen. Die Ausfälle bei der Einkommensteuer und im Kommunalen Finanzausgleich summieren sich in den nächsten zwei Jahren auf mehr als eine halbe Milliarde Euro. Angesichts dieser Dimension reicht es nicht, die Rückzahlungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich über zehn Jahre zu strecken.“* Hier erwarte man – dies habe die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages vor wenigen Tagen parteiübergreifend bekräftigt – neben einer Streckung auch eine quotale Beteiligung des Landes an diesen Defiziten.

**Schulz** ergänzt: *„Was die weiteren Defizite – aus ausbleibenden Steuern neben der Gewerbesteuer und dem Kommunalen Finanzausgleich – betrifft, erscheint mir der vom Land beschriebene Weg über eine längerfristige Tilgung ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung.“* So ließen sich corona-bedingte Mindereinnahmen aus allen Bereichen und Mehrkosten, z. B. im Gesundheitsdienst, transparent darstellen. *„Ziel muss aber auch hier eine gemeinsame Abfinanzierung über die Laufzeit sein.“* Die ebenfalls vorgestellten Investitionsprogramme könnten daher helfen, die auflaufenden Defizite im gemeinsamen Interesse von Land und Kommunen gering zu halten.

**Reinhard Sager** fordert daher abschließend: *„Nach ein paar Jahren gemeinsam einen Schlussstrich zu ziehen, wird nur einvernehmlich gelingen, wenn auch am Ende eine Beteiligung des Landes an den weiteren Defiziten steht.“* Man sei sich sicher, dass man in bewährter Manier ein gutes Verfahren und einen fairen Interessenausgleich werde verabreden können.